

# Tagesbote für Untersteiermark.

Pränumerationspreis für Marburg.  
 Monatlich . . . . . fl. 70 kr.  
 Vierteljährig . . . . . „ 10 „  
 Aufstellung monatlich . . . . . „ 15 „  
 Einzelne Nummern 4 kr.

**Organ der liberalen Partei.**  
 Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.  
 Manuscripte werden nicht zurück gesendet.

Pränumerationspreis mit Post:  
 Monatlich . . . . . 1 Gulden.  
 Vierteljährig . . . . . „ 8 „  
 Ganzjährig . . . . . „ 12 „  
 Anzeigengebühren 6 kr. pr. Zeile.

Nr. 160.

Marburg, Freitag 21. Oktober 1870.

IX. Jahrgang

## Der neue Bürgermeister von Marburg.

Uebermals hat sich die Macht der öffentlichen Meinung erprobt, abermals hat die öffentliche Meinung, indem sie in der Presse ihren Ausdruck suchte, wir können es ohne Unbescheiden zu sein behaupten, auch fand, einen Sieg errufen, auf welchen sie mit Genugthuung zurückblicken kann. Jene Herren, welche mit dem Ehrenamte eines Vertreters der Gemeinde betraut, nicht Zeit finden wollten, ihren aufhabenden Pflichten nachzukommen, sie haben sich eines Besseren besonnen, fast vollzählig (es fehlten nur Herr Mohor und Herr Bancalari, von welcher letzterem es übrigens zweifelhaft, ob er nicht aus dem Gemeindevorstande selbst nach Ablegung seiner Würde als Bürgermeister getreten) waren sie in der Rathsstube erschienen, um ihr Votum abzugeben; sie haben den berechtigten Wünschen aller Parteien unserer Stadt Rechnung getragen und den Mann des allgemeinen Vertrauens, Herrn Dr. Keiser, an die Spitze unserer Gemeindevertretung berufen. Wie wir dessen Antrittsrede mit Freude entnommen, hat der neue Bürgermeister ein schönes Ziel sich gesetzt: „Die Versöhnung der Parteien, die Befriedigung berechtigter Wünsche der Bevölkerung Marburgs.“ Er ist sich der Schwierigkeit seiner Aufgabe bewusst, er besente diese Schwierigkeiten, insbesondere jene, welche ihm durch die traurige Finanzlage unserer Stadt bereitet werden.

Um diese gefährliche Klippe umschiffen zu können, appellirte Herr Dr. Keiser an das patriotische Gefühl seiner Mitbürger, an die Thätigkeit der Vertreter der Gemeinde. Die Mithilfe seiner Mitbürger wird ihm sicher zu Theil werden, sie wird materielle Opfer erheischen, sie werden von ihnen gebracht werden, weil sie in der Person des neuen Bürgermeisters die Gewähr besitzen, daß die Mittel der Stadt allein zu wirklich nützlichen Zwecken in Zukunft in Anspruch genommen werden dürften, weil, wenn mit den gegenwärtigen, trotz des von ihm zu inaugurirenden Systems der größten Sparsamkeit das Auskommen nicht gefunden werden kann, die Ursache allein liegt darin, daß die Anforderungen, welche an die Gemeinde gestellt werden, von Jahr zu Jahr wachsen, weil insbesondere der Aufwand für die Schulen, wir sagen glücklicher Weise sich verzehnfacht hat.

Was heute für die Schule geschieht, ist eine Kapitalanlage, welche in kommenden Zeiten Wucherzinsen abwerfen wird; denn nur die verallgemeinerte Bildung vermag in Wahrheit freie Bürger dem Staate zu erziehen; die Schule ist das Fundament, auf welchem jeder Staat, somit auch der Zukunftsstaat Oesterreich aufgebaut werden soll und muß. Leider sucht aber der Staat diese Last größtentheils auf die Schultern des ohnehin schwer belasteten Landes und dessen Gemeinden zu überwälzen, und zwar deshalb, um die Mittel zu unproduktiven Ausgaben zu finden, um im Worthen Millionen in unnützen Ausgaben vergeuden zu können, mit welchen einen ungerechtfertigten Großmachtstempel geströht um energielos zwischen einem System und dem andern herum zu taumeln, um sich Feinde zu erwerben, ohne sich Freunde zu schaffen. Der Beweis für unsere Behauptung, daß mit den Mitteln der Gemeinde nicht von der leider bisher herrschenden Parteienhaus zu halten verstanden wurde, liegt allemal niedergelegt in dem Gutachten des Revisionskomite für die Gemeindevorrechnungen pro 1869,

auf dieses beziehen wir uns, es enthebt uns der Mühe, in die ziffermäßigen Einzelheiten einzugehen.

Der neue Bürgermeister hat aber auch die Mithilfe eines zweiten Faktors in Anspruch genommen, um seines Amtes in dem Sinne walten zu können, wie wir es von ihm erwarten, zum Heile der Stadt, zur Herstellung des seit Jahren zerstörten Friedens derselben — nämlich die Mithilfe der Gemeindevorstellung.

Es wurde uns von gegnerischer Seite der ungerechtfertigte (wir werden den Beweis hierfür liefern) Vorwurf gemacht, daß wir in unserer scharfen Kritik der gegenwärtig in allen Zweigen des Gemeindevorstandes herrschenden Desorganisation und von persönlichen Motiven leiten ließen; wir weisen diesen Vorwurf als unserer selbst unwürdig, als Ausfluß der perfidesten Parteileidenschaft zurück. Während unsere Gegner sich mit dem Mantel der Anonymität umhüllen, treten wir offen für unsere Meinung ein; hat Jemand von der Gegenpartei gewagt Gleiches mit Gleichem zu vergelten, hat Jemand gewagt den Beweis anzutreten, es sei eine einzige unserer Behauptungen unwahr? nein! dieser Beweis wurde nicht versucht, er konnte nicht versucht werden, weil er heuchlerische Lüge gewesen wäre.

Nicht Jedermann in unserer Stadt ist in der glücklichen Lage, wie wir, ohne Rücksicht auf soziale oder geschäftliche Verhältnisse, auf verwandtschaftliche Verbindungen der öffentlichen Meinung, dem, was Andere sich nur denken aber nicht laut sagen wollen oder können, Ausdruck zu geben, wie wir es zu thun in der Lage sind. Nur Thatsachen beweisen; auf diese beziehen wir uns; Thatsache ist, daß der Bürgermeister-Stellvertreter über drei Monate funktioniert, daß er sich diese Funktionsdauer durch allerlei Mittel zu sichern suchte, um, nachdem der Austritt des Herrn Bancalari aus der Gemeindevorstellung eine seit sechs Monaten beschlossene Thatsache war, gleichsam eine Probeprüfung abzulegen, um seine Befähigung zu dokumentiren, um so, wie es bisher üblich war, in gradueller Vorrückung den abgehenden Bürgermeister künftighin zu ersetzen? Wir wollen uns darüber nicht des weitern auslassen, wir sind auch einer solchen Auslassung vollkommen überhoben, wenn wir erwägen und der Erwägung anheimgeben, daß von 24, beziehungsweise 22 Gemeindevorstellungen nur zwei Stimmen sich auf Herrn Stampfl bei der heutigen Wahl vereinigen, von welchen zwei Stimmen eigentlich jene des Dr. Keiser als nur anstandshalber abgegeben wegzurechnen kommt, sich somit das Vertrauen seiner Mitvertreter nur in einer Stimme manifestirt.

Bekanntlich gehören die sechzehn Gemeindevorstellungen des II. und I. Wahlkörpers vorwiegend zu den Parteigenossen des Bürgermeister-Stellvertreters; deren Stimmenabgabe ist sonach ein Misstrauensvotum optima forma, sie haben hierdurch öffentlich erklärt, daß sie einen Mann, der seine Leidenschaften nicht zu zügeln versteht, nicht für berufen halten, an der Spitze der Kommunalvertretung der zweiten Stadt des Landes gestellt zu werden, daß Herr Stampfl zwar nicht der klettenhafte Wille zu diesem Amte, wohl aber die Befähigung fehlte. Ein Mann, der es öffentlich zu äußern wagt, nur seine Parteigenossen seien anständige Leute, der uns und unsere Mitbürger, welche nicht seiner Parteiichtung angehören Proletarier des Geistes zu nennen wagt, ein solcher Mann hat seine Rolle im öffentlichen Leben ausgespielt; es möge ihm das von seinen

eigenen Parteigenossen ertheilte Misstrauensvotum bewegen, seine Stelle niederzulegen, denn so lange er sie bekleidet, wird jene Unterstützung, an welche, wie gesagt, der neue Bürgermeister in zweiter Linie appellirte, ihm nicht zu Theil werden können — jene aus der Mitte der Gemeindevorstellung. Wie soll in Friede und Eintracht ein Theil der Vertreter der Gemeinde an der Seite eines Mannes zum Wohle der Stadt zu arbeiten die Lust haben, dem kein Ausdruck zu stark ist, um ihn gegen politische Gegner zu gebrauchen; denn wie mögen erst jene lauten, deren er sich im Kreise seiner Anhänger bedient, wenn er es wagt öffentlich sich über die Gegner in Ausdrücken auszusprechen, wie die ob erwähnten, die wir selbst gehört, die gesprochen wurden, damit wir sie hören sollen.

Wären wir selbst leidenschaftlich, wie uns der Vorwurf gemacht wurde, es stünde uns zum Schutze unserer angegriffenen persönlichen Würde der Weg zur richterlichen Hilfe offen, doch wir verschmähen ihn, in dem Bewußtsein daß im öffentlichen Leben die größte Strafe die berechnete öffentliche Meinung ist (um kein schärferes Wort zu gebrauchen); sie wird Herrn Stampfl bald zu den politischen Todten zählen und über Todten nil nisi bono! Mit diesen Worten wollen wir schließen, indem wir nur noch Eines hinzufügen: „Glück auf! dem neuen Bürgermeister Marburgs, Dr. Keiser, von dem wir überzeugt sind, es werde sich an ihm erproben, was wir schon seit Jahren gewußt — daß er ein ganzer, ein deutscher Mann, der seinen Beruf aufsaßt, ihn stets erfüllt hat und erfüllen wird.“

## Zeitungschau.

Das „Vaterland“ beschuldigt jene offiziellen Blätter, welche den begeisterten Empfang der Kaiserin in Tirol als etwas merkwürdiges und als den Wendepunkt in der Politik der patriotischen Partei in diesem Lande bezeichnen, der Heuchelei; die Familie des Kaisers würde in Laibach und Prag ebenso freudig empfangen worden sein; jedoch werde dadurch an der politischen Kampfweise ihrer Partei nichts geändert, im Gegentheile die gegenwärtige staatsrechtliche Opposition nur gekräftigt, sie werde eben deshalb nie aufhören auf den Sieg desjenigen politischen Systems hinzuwirken, welches nach des „Vaterland“ Ansicht allein im Stande ist, Oesterreich und dessen Dynastie für die Zukunft gegen alle Gefahren zu sichern; das Junkerblatt schließt mit der Tirade: Da, wo die Loyalität noch eine spontane, im Glauben und der Tradition tief begründete ist, sollten die Fürsten ihren Stützpunkt suchen, nicht in den ephemeren Gunstbezeugungen des bereits von ganz anderen Kräften geleiteten Liberalismus.

Die „Politik“ ist uns abermals nicht gekommen, jene von Montag hingegen enthält keinen raisonnirenden Zeitartikel.

Die „Presse“ behauptet, daß preussische Organe, welche früher die an Frankreich zu stellenden Forderungen nicht hoch genug schrauben konnten, bereits abzuwiegeln beginnen, indem sie erklären, man dürfe den Sieg nicht missbrauchen u. s. f. Die „Kölnische Zeitung“ z. B. empfiehlt einen neuen Friedensplan, dessen Bestimmungen ungefähr folgende sind: Deutschland nimmt die zwei Departements des Elsaß bis an den Vogesenkanal, es nimmt ferner von Lothringen die deutschen Theile an der Saar und Nied, aber auch nicht mehr. Da nun, sobald Weg nicht in

die Hände Deutschlands fällt, die vom ihm so lebhaft gewünschte Grenzicherung nicht gegeben ist, so soll dafür gesorgt werden, daß dafür Luzemburg wieder an Deutschland kommt. Die Kosten hätten die Franzosen zu zahlen. Die „Presse“ bezweifelt, daß der König von Holland zu diesem Projekte seine unbedingt nöthige Zustimmung geben werde.

Die „N. u. f. r. e. P. r. e. s. s. e.“ bespricht das jüngste Rundschreiben Chaudoroy's sie hebt dessen Schlußsatz hervor, aus dem zu entnehmen ist, daß Chaudoroy und mit ihm die Mehrzahl seiner Vorgesetzten noch immer das Uebergewicht Frankreichs für berechtigt und nothwendig erklären und die Behauptung festhalten, das europäische Gleichgewicht werde durch Frankreichs Führerrolle bedingt. Durch diesen Ausdruck habe sich die prov. Regierung selbst gerichtet, denn er zeigt von deren ungläublichen Verblendung und Selbstüberschätzung. Eine Regierung, welche in ihrer Hauptstadt den Schwerpunkt der Welt, in ihrem Volke das einzig auserswählte sehe, verdiente nicht ernst genommen zu werden.

Der „B. a. n. d. e. r.“ wirft einen Rückblick auf die in dem zu Grabe getragenen napoleonischen Kaiserreich bestandene Korruption, auf die Erhebung des Betruges in demselben zum königlichen Handwerk, auf die das Familienleben vergiftende Spionage, auf das Unwesen der geheimen Agenten, auf die von ihnen in Szene gesetzten fiktiven Komplotts, auf die dem Volke entfremdete Prätorianer-Armee. Trotz alledem sei nicht jede Charakterfestigkeit im Volke erloschen, es regte sich echter Patriotismus, der rühmend hervorgehoben zu werden verdient. Der „B. a. n. d. e. r.“ schließt mit der Behauptung, daß die Wendung zum Besseren, welche sich in Frankreich bemerkbar mache, auch für Deutschland die Beruhigung gewährt, daß die krankhaften Leidenschaften der Franzosen ihrer Heilung entgegengehen und daß somit mit diesen eine gute Nachbarschaft in der Zukunft möglich sei.

Das „N. e. u. e. W. i. e. n. e. r. T. a. g. b. l. a. t.“ glaubt nicht an den Erfolg der eingeleiteten Friedensvermittlungen, weil die Mitglieder der provisorischen Regierung in Frankreich neben vielen guten Eigenschaften den Fehler besitzen aus Mangel an Muth ihrem Lande nicht die Wahrheit zu sagen, welches somit das Pflanzfeld seiner Lage nicht zu begreifen vermag.

## Politische Uebersicht.

### Inland.

(W. i. e. n.) Wie die „N. fr. Presse“ schreibt, wird dem Gerücht, wonach der Kriegsminister von Kuhn neuerdings seine Entlassung erbeten habe, auf's bestimmteste widersprochen. — Was die Gerüchte über den Rücktritt des Ministeriums Potocki betrifft, so erklären offiziöse Organe, die Zeit dazu sei noch nicht gekommen, sondern man müsse das Votum des Reichsrathes abwarten. Sonderbar genug läßt sich dabei das offiziöse Blatt einen Kabinetsvorschlag entchlüpfen, indem es sagt: . . . Uebrigens hat sich das Ministerium durch die Vertagung des Reichsrathes und die Ausschreibung der direkten Wahlen in Böhmen den Anschauungen der Verfassungspartei genähert, und diese wird, wenn sie ihr Interesse richtig versteht, weniger auf den Sturz des Gesamt-Ministeriums als darauf ausgehen, dasselbe durch entschieden verfassungstreue und liberale Elemente zu verstärken.

Welche Herren des gegenwärtigen Ministeriums wäre nun Graf Potocki bereit, über die Klinge springen zu lassen, wäre die hieraus resultirende, berechtigte Frage. Viele müßten es sein, so viele, daß Graf Potocki allein zurückbliebe. — Graf Benst soll sich nunmehr einer Kombination mit Fürsten Karlos Auersperg an der Spitze zuwenden; das erscheint aber nicht recht gläubig.

Auch das „Vaterland“ hat seinerseits den Minister Petrino über Bord geworfen, wie die folgenden Auslassungen beweisen. Es schreibt nämlich: „Die in dem Leibjournale des Herrn von Petrino erscheinenden Briefe seien so absurd, daß sie keine Antwort verdienen, es habe auf die armenische Erzellenz einige Hoffnungen gesetzt, und die geringen, welche es hegte, seien enttäuscht worden.“

Dieses Urtheil muß den Ackerbauminister am meisten kränken, der doch gerade in der Partei des „Vaterlandes“ seine Stütze zu finden gehofft hatte.

(B. ö. h. m. e. n.) Ueber die Petrinostirungs-Absichten des Ministeriums bemerkt der „Tagesbote aus Böhmen“:

„Die Regierung Potocki-Petrino besorgt, es könnte der verfassungstreue Großgrundbesitz unter der Leitung des Fürsten Karlos Auersperg den Wohlstand erringen, und da dies eine Stärkung der Verfassung wäre, welche nur auf verfassungsmäßigem Wege zu Grunde gerichtet werden soll, so stellt sie — die Regierung nämlich — eine dritte, aus heterogenen Elementen gemischte Liste auf, in welcher Treue und Untreue, Freunde und Feinde der Verfassung neben einander figuriren sollen. Welcher Mann von Grundsätzen, von Charakter und Ansehen wird sich in solcher Weise patronisiren oder petrinostiren lassen?“

Die „Bohemia“ erhält die Nachricht, daß das Stratagem der Feudalen aus Anlaß der direkten Reichsrathswahl in höchsten Kreisen mit der tiefsten Indignation vernommen und als ein Manöver bezeichnet wurde, das der Würde des adeligen Standes entgegen, weder staatsmännische noch ritterliche Gesinnung beurlunde. Höchstenorts fiel das Wort: „Für Jene, welche dieses Manöver empfahlen, wie für Jene, die seine Ausführung unterstützten, werden sich die Thüren gewisser Kabinette nie wieder öffnen.“ — In den Kreisen der Verfassungspartei hat die Absicht der Regierung, eine selbstständige Agitation im Großgrundbesitz zu eröffnen, einen sehr verstimmenenden Eindruck gemacht.

Wie das „N. W. T. g. b. l.“ aus Prag berichtet, ist der Statthalter von Mennsdorff dorthin zurückgekehrt; er ist beauftragt, eine von der Regierung entworfene „Ausgleichsliste“ dem Fürsten Karlos Auersperg zur Kenntniß zu bringen, um ein Kompromiß zu erzielen. Wäre der Versuch vergeblich, so werde die Regierungsliste aufrechterhalten. Bisher jedoch sei jener Versuch bei Auersperg nicht gemacht.

Uebrigens hat diese Ausgleichsliste keine Aussicht angenommen zu werden, was nur gebilligt werden kann, denn ein Politiker, der nicht Farbe bekennet, ist kein Politiker.

(U. n. g. a. r. n.) Der Ungar „Elohd“ meldet, daß das den Delegationen vorzuliegende Kriegsbudget-Extraordinarium sich nach zuverlässiger Mittheilung auf 45 Millionen Gulden beziffert, welcher Betrag nicht nur die durch die Kriegereignisse verursachten Militärausgaben, sondern auch die auf Bewältigung des dalmatinischen Aufstandes entfallende Quote, sowie die dalmatinischen Fortifikations-Ausgaben umfaßt. Dem Vermuthen nach sind auch die Kosten des veranzagten Lagers bei Krakau mit einbegriffen. Zur Abminderung der geforderten Summe dürfte der Erlös aus dem noch nicht beendeten Verkaufe nachbeschaffter Pferde dienen. Ein Ausweis wird Belege dafür an die Hand geben, daß die Totalziffer der einberufenen Urlauber und Reservisten 13.000 Mann nicht überstieg. Sollten sich diese Angaben bestätigen, dann ist die Höhe der obigen Ziffer sowie die Rüstungen an und für sich ganz ungerechtfertigt. Was hätten denn eigentlich jene 13.000 Reservisten leisten sollen?

### Ausland.

(P. r. e. u. s. s. e. n.) Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schließt eine Betrachtung über Deutschlands Gestaltung nach dem Kriege mit den Worten: „Der Sieg Deutschlands in diesem Kriege bedeutet in Wahrheit die Schließung des Janustempels auf lange Zeit durch Hemmung und Dämpfung eines friedlosen Volkes durch ein seiner ganzen Natur nach auf den Frieden hingewiesenes Emporkommen einer Nation, welche nicht dominiren will; und je gründlicher dem Drachen, der die Welt so lange bedrohte, theilweise verwüstete, die Zähne ausgebrochen und die Flügel geknüpft werden, desto besser für die Menschheit, für uns, seine Nachbarn, und zuletzt, genau gesehen, auch für ihn selber.“

Ein offiziöser Berliner Korrespondent der „Deutschen Allgem. Ztg.“ meldet: Das Gerücht betreffs der Friedensunterhandlungen ist unbegründet. Ebenso die Nachricht, daß habe ka-

pitulirt. Der Abgesandte Bazaine's verließ das Hauptquartier unverrichteter Sache. — General Burnside bot den Waffenstillstand unter der Bedingung an, daß Preußen seine jetzigen Positionen behalte, dagegen werde die Konstituante sofort berufen, um derselben den deutschen Friedensvorschlag zu unterbreiten. Jules Favre lehnte diesen Vorschlag ab. Das Bombardement von Paris verzögert sich noch einige Tage, da des schlechten Wettes halber noch nicht alles Material placirt ist. Die Reise des Finanzministers Campou in das Hauptquartier hängt mit der Regelung der technischen Fragen bei dem Anschlusse Süddeutschlands an den Nordbund zusammen.

Dasselbe Blatt bestätigt, daß der Gesandte des norddeutschen Bundes in Brüssel Besuche gegen die belgischen Journale geführt hat.

(F. r. a. n. k. r. e. i. c. h.) Die „Liberte“ schreibt: Nachrichten aus Paris vom 16. Oktober melden: Unter den politischen Parteien herrscht Ruhe. Die vollständige Harmonie Aller wird fest gekittet durch das gemeinschaftliche Leben auf den Ballen, und ist der patriotische Entschluß unerschütterlich.

Es bestätigt sich, daß die Preußen gezwungen wurden, sich in ihrer Linie zu verschanzen. Die Ebene ist durch die furchtbare Kanonade der Forts vollständig gesäubert.

Bei dem jetzigen Stande ist ein Bombardement unmöglich, die Befestigungen bieten den Belagerern eine unüberschreitbare Linie. In Paris werden alle Arten Waffen verfertigt, die Stadt ist für lange Zeit mit Lebensmitteln versehen.

Der amerikanische Gesandtschaftssekretär verließ mit Erlaubniß der preussischen Regierung Paris.

Die France vom 17. fordert ganz Frankreich zur Subskription für die Stadt Straßburg auf. Der Konsul Esfavre wurde von Favre mit einer Mission bei Metternich betraut. Er traf in Tours mittelst eines Luftballons ein.

(E. n. g. l. a. n. d.) Die Journale veröffentlichen ein Schreiben des Präsidenten der Honorer Handelskammer, Arles-Dufour, worin England aufgefordert wird, seinen Einfluß zu Gunsten des Friedens aufzubieten.

Der Korrespondent des Standard telegraphirt aus Versailles, daß das Bombardement von Paris nicht vor 10 bis 15 Tagen beginnen werde.

### Vom Kriege

Die Ausbreitung der deutschen Armee an der Loire geht stetig vor sich, an mehreren Stellen ist dieser Fluß schon überschritten worden, die Voirearmee dürfte also bald wieder Gelegenheit haben sich mit der Deutschen zu messen.

Die Verhandlungen mit dem Adjutanten Bazaine's, General Boyer, erhielten durch ihre Fortführung im Hauptquartiere zu Versailles einen politischen Charakter, ob die von ihm nach Metz überbrachten Kapitulationsbedingungen angenommen werden, wird erst von Entscheidung sein.

Eine kleine Niederlage der Deutschen vor Paris meldet die „Politik“:

„Aus der hier vom General Hartmann 14. d. M. eingelaufenen Relation über die letzten Vorfälle bei Paris geht hervor, daß sowohl der rechte Flügel der 4., wie auch der linke Flügel der 3. Armee durch die Franzosen in eine sehr unhaltbare Position gedrängt wurden.“

Die Franzosen überraschten mit großer Stärke unsere Vorposten und warfen dieselben trotz der energischen Gegenwehr aus allen ihren Positionen, setzten sich in dieselben fest, drangen von da an allen Punkten vor, postirten ihre Batterien und Mitrailleusen und verbreiteten ein verheerendes Feuer, dem die Truppen nicht mehr widerstehen konnten.

Jeder Bajonetangriff wurde, unterstützt von den Mitrailleusen, zurückgeschlagen. Drei der wichtigsten Positionsbatterien wurden demontirt und nach einem wiederholten Angriffe von den Franzosen genommen.

Die deutschen Truppen „wehrten sich wie die Löwen“, mußten jedoch der Uebermacht weichen.

Nach englischen Nachrichten befürchtet man in Havre und Cherbourg die Ankunft der Preußen und trifft in Verquigny Anstalten, um den Vormarsch der Feinde in dieser Richtung aufzuhalten.

Hamburger Berichte melden, daß aus Vibor-

pool wieder große Kriegsvorräthe nach Frankreich geschafft worden seien.

General Werder meldet:

Der Feind zog sich bei Annäherung deutscher Truppen fluchtartig auf Belfort zurück. Die Eisenbahn Besoul-Belfort ist deutscherseits unterbrochen. Die Verluste sind durchwegs gering. Circa 500 gefangenen Mobilgarden gelang es, bei Chateauthierry am 17. d. während des Angriffes der Freischützen zu entkommen.

## Marburger und Provinzial-Nachrichten.

Marburg, 21. Oktober.

(Hinsichtlich der Haltstelle am Kärntnerbahnhofe) hat die Grazer Handelskammer über Antrag des Herrn Julius Pfriemer beschlossen, bei dem k. k. Handels-Ministerium dahin zu wirken, daß die mit ungeheuren Beschränkungen errichtete Halte- und zugleich Auf- und Abgabestation „Kärntnerbahnhof“ in eine unbeschränkte und allen anderen Stationen gleichgestellte Station von der Südbahn umgewandelt werde.

(Schulbau.) Die Gemeinde Fürstenefeld hat für die l. Bürgerschule mit großem Kostenaufwande ein sehr stattliches Gebäude hergestellt, welches allen Anforderungen entspricht, welche man an ein Schulgebäude zu stellen berechtigt ist; Luft und Licht sind reichlich vorhanden, die Schuleinrichtung zweckmäßig, die Lehrmittel vorzüglich. Die Turnhalle ist eine Zierde des Ganzen. Wann werden auch wir in Marburg und eines ähnlichen Schulgebäudes erfreuen?

(Der Verein der Deutschnationalen in Graz) hat in seiner letzten Vereins-sitzung nachstehende Resolution beschlossen: „Nur in dem bedingungslosen Eintritt der süddeutschen Staaten in den Nordbund, in der Erweiterung dieses Bundes zu einem gesamt-deutschen, in der Uebertragung und Anpassung seines Verfassungsgesetzes an diese erweiterten Verhältnisse, sehen wir die Form, in der die nationale Einigung erreicht werden kann. Wir erwarten von dem süddeutschen Volke, daß es in diesem Sinne seine zögernden Regierungen zur That drängen wird.“ Dr. Mat vertheidigte dieselbe in einer sehr beifällig aufgenommenen Rede. Zum Schlusse wurde der Antrag angenommen: der Vorstand werde beauftragt, eine Petition an den Reichsrath um Aufhebung der gesetzlichen Bestimmungen über das objektive Verfahren in Presssachen zu richten. Der deutsche Demokratenverein seinerseits hat eine ähnliche Petition beschlossen.

(Der Verein der Deutsch-Nationalen in Marburg) beschloß in seiner Monatsversammlung vom 19. Okt. den verwundeten deutschen Kriegern neuerdings 50 fl. zuzuwenden und solche nach Leipzig an die Gartenlaube zur Weiterbeförderung zu übermitteln; für die abgebrannten Oberdrauburger wurden 10 fl. angewiesen. Auf die Tagesordnung der nächsten Vereinsversammlung wurde auf Antrag des Mitgliedes Herrn Max Baron Rast die Erörterung der Stellung Oesterreichs zu dem geeinten Deutschlande, ferner eine Resolution über die deutsche Verfassungsfrage, sowie eine eventuelle Feier der deutschen Siege gestellt. Bei der statutenmäßigen Neuwahl der Vereinsleitung wurden in den Vorstand die Herren: Prof. Reichel, Dr. M. Uly Dr. Sonnß, Prof. Schaller und Demmel gewählt.

(Arbeiterbildungsverein.) Dem Rekurse wider die Auflösung des Arbeiterbildungsvereines in Marburg wurde von dem Ministerium des Innern keine Folge gegeben.

(Kohlenoth.) Wie wir Grazer Blättern entnehmen steht daselbst eine Kohlennoth für den Winter in Aussicht, weil die Köstlicher Gewerkschaften den waffenhaftesten Aufträgen nicht zu genügen vermögen.

(Der Grazer Kommunalverein) sprach sich für periodisch wiederkehrende Ausstellungen und zwar in möglichst kleinen Zwischenräumen, womöglich jährlich aus und überwies die Frage einem Komitee zur Vorbearbeitung.

(Ernennung.) Der steierm. Landesauschuß hat den Herrn Eulogius Dirnhirn, k. k. Acollehrer in Billi, zum Direktor und l. Lehrer an der landsch. Bürgerschule daselbst ernannt.

(Vertrauliche Gemeindevorstellung.) Dem Vernehmen nach wurde ein Komitee ermächtigt mit Herrn Thaller als Bewerber um die Stelle eines Leiters des hiesigen Stadtmittels den definitiven Dienstvertrag abzuschließen.

(Der Grazer Stadtschulrath) beschloß — wie die „Tagespost“ meldete — in seiner letzten Sitzung in Bezug auf religiöse Übungen in der Schule beizubehalten: 1. Das Gebet vor und nach der Religionsstunde. 2. Schulmesse nur an Sonn- und Festtagen, eventuell an einem von der Schuldirektion festzusetzenden Wochentage. 3. Dreimalige Beichte. Die Forderung des fürstbischöflichen Ordinariates: Schulmesse an sämtlichen Wochentagen der wärmeren Jahreszeit, und korporative Theilnehmung an der Dreifaltigkeits- und Frohnleichnamprozession wurde abgelehnt, weil sie nicht im Sinne des § 5 des Schulgesetzes vom 14. Mai liege.

(Die Restauration im Bade Krapping) ist vom 1. Jänner 1871 an zu vermieten.

(Falsche Zehnkreuzerstücke) mit der Prägung 1870 kommen an verschiedenen Orten zum Vorschein. Das Falsifikat ist, was die Prägung betrifft, vollkommen gelungen und von einer echten Münze nur dadurch zu unterscheiden, daß es keinen Klang hat und von Blech gefertigt zu sein scheint.

(Theater.) Das vorgestern aufgeführte Lustspiel, „Das Glas Wasser“ zeigte trotzdem, daß es wegen nicht genügender Vorbereitung am Vorabend aufgeschoben worden war, auch diesmal noch einige, wenn auch unbedeutende Schwankungen im Dialoge; am wirksamsten spielte Herr Direktor Rosenfeld (Volingproke) und Fr. Lanius (Marlbrough), die Rolle des Rasham war in den Händen des Herrn Meißner (nicht Parth wie der Zettel sagte) und gewann dadurch. Fr. v. Karlstein hat für die Rolle der Königin nicht die nöthige Würde und Fr. Nowa (Abigail) fand einigemal nicht den rechten Ton für ihre Rolle, sie ist eben noch Anfängerin für größere Parthien, in denen ihr manches ganz gut gelingt, anderes aber schülerhaft einstudiert sich ausnimmt. Im Ganzen konnte man wahrnehmen, daß auf das Einstudieren des Lustspieles viele Mühe verwendet worden war. Die Kostume sind schön. — Gestern kam das Lustspiel „Ich esse bei meiner Mutter“ zur Darstellung, in welchem Fr. Lanius sehr gut und mit vielem verdienten Applause die Edwina spielte, unter den übrigen Darstellern verdient Herr Pohler (Alfred) genannt zu werden. In der Operette „Salon Pipelberger“ waren es natürlich das Ehepaar Parth und Herr Rosen, welche sehr gut ihre Rollen durchführten, das Terzett ging gut; Herr Grün gab den Groom recht komisch, doch über dessen Gesang schweigen wir; als Episode sang die kleine Lanius ein Lied, das gut einstudiert war und auch applaudirt wurde, doch ist das Stimmchen zu schwach.

## Gerichtshalle.

(Betrug.) Marie Podany, die Tischlermeisters-Tochter, welche im Hochverratsprozesse der Arbeiterführer eine wichtige, wenn auch für sie nicht angenehme Rolle spielte, erschien heute als Zeugin in einem anderen Falle. Sie war nämlich gerade auf Besuch bei dem Hauptmann Passinger, als dieser einen Brief erhielt, der ihn nicht wenig überraschte. Marie Podany ersuchte ihn nämlich in demselben um 360 Gulden. Er theilt ihr dies mit, und man läßt den Ueberbringer des Briefes sofort anhalten; da stellte sich heraus, daß derselbe ein Friseurgehilfe war, der von einem Freunde des Bruders der Podany mit dessen Wissen an den Hauptmann war gesendet worden. In Folge der gerichtlichen Untersuchung wurde gegen Franz Podany ein Einstellungsbeschluß gefaßt, da derselbe von den Gerichtsräten für unzurechnungsfähig erklärt wurde. Sein Helfershelfer jedoch, der Advokatschreiber Josef Rauch, wurde, vertheidigt von Dr. Münzer, wegen Mitthuld am Betrüge zur geringsten gesetzlichen Strafe, nämlich zu zwei Jahren schweren Kerkers verurtheilt.

## Geschäfts-Zeitung.

Wien, 19. Okt. (Getreidebericht.) Weizen und Korn Prima-Qualität sehr gesucht, und wurden für ersteres jeine fl. 5.80—60 per Zentner, für letzteres fl. 3.80—3.90 per Zentner, bewilligt. Auch Hafer war gefragt, Gerste dagegen mehr vernachlässigt.

(Finanzielles.) Der „N. Fr. Presse“ wird aus Pest berichtet, daß der ungarische Finanzminister bei den im Zuge befindlichen Arbeiten für das Budget von 1871 nicht mit dem Geschehe seines Vorgängers im Amte die Gefahr eines Defizits zu umgehen wisse. Im Gegentheile soll ein Defizit im Staatshaushalte sich als gewiß herausstellen. Wie dasselbe zu beseitigen sei, soll Herr v. Kerkapolyi umsonst Kopfzerbrechens verursachen, als er aus ergreiflichen Gründen nicht zu jenen Mitteln greifen kann, durch die Herr v. Bongay bisher das Defizit wohl nicht zu beseitigen, aber doch zu vertagen gewußt hat.

## Im Waldschloß.

Eine Geschichte

von

Wilhelm Stabe.

XI.

„Hat sie dir das gesagt, Mutter?“ fragte ich athemlos, hat sie dir den anderen genannt?“ „Nein,“ war die Antwort, „aber sie ließ es mich merken, als ich sie einmal wegen ihrer stets trüben Stimmung fragte.“

„Hast du ihr dann nicht gerathen, Leopold aufzugeben?“ fragte ich wieder.

„Freilich wohl, Oswald,“ entgegnete sie, „aber das arme Kind meinte, ihr Wort sei gegeben, und damit sei nun alles zu Ende. Sie werde Leopold auch mit der Zeit schon lieb gewinnen, wenn er nur freundlich und geduldig sei, setzte das edle Wesen hinzu.“

„Es läßt sich nicht sagen, wie mir zu Muth war, aber wohl, was ich jetzt wollte und mußte — denn das war nur Eins: ich nahm Abschied von der Mutter und reiste noch am selben Tage ab, hieher nach Wolfsbrg.“

„Unter diesen Umständen mußte ich reden zu Klara, zu Leopold. Wie tausendmal warf ich mir unterwegs mein Böjern im Winter vor! — Hätte ich mir eine Gelegenheit erzwungen, mit Klara zu sprechen, so wäre möglicherweise schon damals alles gut geworden, ich hätte dem geliebten Wesen unzählige trübe Stunden ersparen können! Denn nur an sie dachte ich, an Leopold keinen Augenblick, da der Gedanke felsenfest in mir war, daß ich bei ihm mit dieser Trennung der Verlobung kein Glück stiften könnte.“

(Fortsetzung folgt.)

## Original-Privat-Telegramme.

Hamburg, 20. Oktober. Der „Hamb. Korrespondent“ meldet nach einer Auslage des Dampfboot-Kapitäns von Shields, daß gestern französische Schiffe 25 Meilen westnordwestlich von Helgoland zerstreut gesehen wurden.

Brüssel, 20. Oktober. Nachrichten aus Paris vom 14. Oktober melden, daß frisches so wohl als gefalzenes Fleisch sehr zu mangeln beginnt. Es finden viele Schlachtungen von Pferden statt.

Karlsruhe, 21. Okt. Die Staatsminister Jolly und Freyhof sind heute in das preussische Hauptquartier nach Versailles abgereist. Prinz Wilhelm und der Kriegsminister sind im Hauptquartier des 14. Armeekorps zu Spinal eingetroffen. Am 15. fand die Fortsetzung des Operationsmarsches statt. Seit dem 10. d. M. ist außer Scharmügeln nichts vorgefallen.

London, 21. Okt. Kardinal Cullen und einundzwanzig Prälaten veröffentlichten einen Protest gegen die Annexion Rom's.

„Daily News“ versichern, die Kapitulation der Armee von Mex sei bevorstehend.

Frankfurt 21. Oktober. Dem Frankfurter Journal wird aus Offenbach geschrieben: Gestern Abends wurden auf Grund auswärtiger Requisitionen zehn Mitglieder des Allgemeinen Arbeitervereins (Lassalleaner) verhaftet.

